

Zur Bekämpfung von Streuschäden

Zur Bekämpfung von Streuschäden – zugleich ein Beitrag zur Ausweitung des § 10 UWG

von
Dr. Matthias M. Weiß

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

ISBN 978-3-415-04764-8

E-ISBN 978-3-415-05041-9

© 2012 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Thomas Schäfer, www.schaefer-buchsatz.de | Druck und Bindung: CPI books GmbH, Eberhard-Finckh-Straße 61, 89075 Ulm

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Meinen Eltern.

Vorwort

Diese Arbeit lag dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg im Sommersemester 2011 als Dissertation vor. Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Wolfgang Voit. Er hat die Bearbeitung dieses Themas angeregt und mit wertvollen Hinweisen begleitet. Herrn Professor Dr. Tobias Helms danke ich ganz herzlich für die Übernahme des Zweitgutachtens. Bei Herrn Dr. Axel Reeg (Kanzlei Reeg Rechtsanwälte, Mannheim) bedanke ich mich für seine beständige Förderung. Meinem Onkel, Herrn Max Laveuve, bin ich vor allem wegen seiner vielfältigen Unterstützung während meiner Studienjahre und darüber hinaus sehr verbunden. Meiner Lebensgefährtin Simone Stich danke ich für ihr großes Verständnis und ihre Geduld in der Endphase der Erstellung der vorliegenden Arbeit. Mein ganz besonderer Dank gilt meinen lieben Eltern Ursula und Klemens Weiß und meiner Schwester Myriam für ihre uneingeschränkte Unterstützung zu jeder Zeit. Meine Eltern haben mir alles ermöglicht.

Mannheim, im September 2011

Matthias Weiß

Inhaltsverzeichnis

Schrifttum	11
Abkürzungsverzeichnis	19
Einführung	25
A. Problemstellung	25
B. Gang der Untersuchung und Eingrenzung der Arbeit	29
Erster Teil: Instrumentarium des deutschen Zivilrechts zur Bündelung gleichgerichteter Interessen im Prozess und sonstige Instrumente des Verbraucherschutzes	32
A. Einführung	32
B. Instrumente zur Interessenbündelung sowie Schwachstellen hinsichtlich Streuschäden	33
I. Streitgenossenschaft (§§ 59 ff. ZPO)	33
1. Einführung	33
2. Entstehung, Anwendungsbereich und Abgrenzung	33
3. Die einfache Streitgenossenschaft	33
4. Die Wirkungen der einfachen Streitgenossenschaft (§ 61 ZPO)	34
5. Die notwendige Streitgenossenschaft (§ 62 ZPO)	34
6. Die Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft	35
7. Schwachstellen der Streitgenossenschaft hinsichtlich Streuschäden	35
II. Prozessverbindung (§ 147 ZPO)	37
1. Einführung	38
2. Voraussetzungen der Prozessverbindung	38
3. Die Wirkungen der Prozessverbindung	39
4. Schwachstellen der Prozessverbindung hinsichtlich Streuschäden	39
III. Die Nebenintervention (§§ 66 bis 71 ZPO)	41
1. Einführung	41
2. Voraussetzungen und Rechtsfolge der Nebenintervention sowie Rechtsstellung des beigetretenen Nebenintervenienten (Vorprozess)	42
3. Die Wirkungen der Nebenintervention (Folgeprozess)	43
4. Schwachstellen der Nebenintervention im Hinblick auf Streuschäden	44

IV.	Ansprüche bei Verbraucherrechtsverstößen (§§ 1, 2, 3 UKlaG)	45
1.	Unterlassungs- und Widerrufsanspruch sowie allgemeiner Beseitigungsanspruch bei allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 1 UKlaG)	46
a.	Der Unterlassungsanspruch	46
b.	Der Widerrufsanspruch	47
c.	Der allgemeine Beseitigungsanspruch	48
2.	Unterlassungsanspruch bei Verstößen gegen Verbrauchergesetze (§ 2 UKlaG)	48
3.	Anspruchsberechtigte (§ 3 UKlaG) der Ansprüche nach §§ 1, 2 UKlaG	49
4.	Schwachstellen der Ansprüche im Hinblick auf Streuschäden	50
V.	Einziehungsklage nach § 79 Abs. 2 Nr. 3 ZPO	51
1.	Einführung	51
2.	Voraussetzungen und Regelungsgehalt	53
3.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	53
C.	Sonstige Instrumente des Verbraucherschutzes und Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	54
I.	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines Verfahrens über geringfügige Forderungen	54
1.	Einführung	54
2.	Anwendungsbereich der Verordnung	55
3.	Einleitung des Verfahrens	55
4.	Mündliche Verhandlung, Kosten und Sprache im Verfahren	56
5.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	56
II.	Richtlinie 2008/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen	57
1.	Einführung	57
2.	Anwendungsbereich der Richtlinie	58
3.	Regelungsgehalt der Richtlinie	59
4.	Verhältnis zu laufenden Gerichtsverfahren	59
5.	Schwachstellen im Hinblick auf Streuschäden	60
III.	Gewinnabschöpfung nach § 10 UWG	61
1.	Entstehungsgeschichte, Einordnung und Regelungszweck	61
a.	Entstehungsgeschichte	61
b.	Einordnung	62
c.	Regelungszweck	63

2.	Tatbestand	65
a.	Vorsätzliche Zuwiderhandlung gegen § 3 oder § 7 UWG	65
b.	Erzielung eines Gewinns zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern	65
aa.	Gewinn	65
bb.	Zu Lasten einer Vielzahl von Abnehmern	66
c.	Auf den Gewinn anrechenbare Leistungen (§ 10 Abs. 2 S. 1 UWG)	68
d.	Rückabwicklung (§ 10 Abs. 2 S. 2 UWG)	69
e.	Beweislast	69
3.	Rechtsfolgen	69
a.	Anspruch auf Gewinnherausgabe	69
aa.	Inhalt und Durchsetzung des Anspruchs	69
bb.	Anspruchsverpflichtung	71
cc.	Anspruchsberechtigung	72
dd.	Sonderfall: Mehrheit von Gläubigern	72
ee.	Einwand des Rechtsmissbrauchs	74
b.	Gewinnabführung an den Bundeshaushalt	74
aa.	Auskunftsanspruch der zuständigen Stelle des Bundes (§ 10 Abs. 4 S. 1 UWG)	74
bb.	Aufwendungsersatz (§ 10 Abs. 4 S. 2, 3 UWG)	75
4.	Kritik an Ausgestaltung des § 10 UWG	76
a.	Verfassungsrechtliche Bedenken	76
aa.	Einwände der Literatur	76
bb.	Stellungnahme	76
cc.	Ergebnis	79
b.	Kritik am Vorsatzerfordernis	79
aa.	Teile der Literatur: Ausweitung auf grob fahr- lässiges Verhalten	80
bb.	Anforderungen an den Vorsatz in der Recht- sprechung	80
cc.	Stellungnahme	84
c.	Kritik am Tatbestandsmerkmal „zu Lasten“	87
aa.	Begriffsverständnis nach <i>Alexander</i>	87
bb.	Begriffsverständnis nach <i>Braunmühl</i>	88
cc.	Begriffsverständnis nach <i>Pokrant/Köhler</i>	89
dd.	Stellungnahme und Ergebnis	90
d.	Kritik am Tatbestandsmerkmal „Gewinnabführung an den Bundeshaushalt“	94
aa.	Gesetzesbegründung	94
bb.	Stellungnahme und Ergebnis	94
D.	Zusammenfassung des ersten Teils	96

Zweiter Teil: Lösungsansätze zur Bekämpfung von Streuschäden – grundsätzliche Arten kollektiver Rechtsbehelfe	97
A. Einführung	97
B. Arten kollektiver Rechtsbehelfe	98
I. Sammelklage (US-Typ)	98
1. Begriff	98
2. Rechtspolitische Gründe für die Einführung einer Sammelklage	99
a. „Ordnungspolitische Gründe“	99
b. „Effektuierungsargument“	100
c. „Entlastungsargument“	100
3. Zur Geeignetheit hinsichtlich der Bekämpfung von Streuschäden	100
4. Zusammenfassung und Ergebnis	103
II. Musterprozess	103
1. Begriff	103
2. Funktionen des Musterprozesses	105
3. Grundsätzliche Nachteile des Musterprozesses	106
4. Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) als Beispiel	107
a. Einleitung, Hintergrund und Regelungszweck	107
b. Anwendungsbereich	108
c. Regelungsansatz im KapMuG	109
d. Ausweitung des Regelungsansatzes im KapMuG auf Streuschäden außerhalb des Kapitalmarktrechts?	112
aa. Dogmatische Einordnung des Verfahrens und Rechtsstellung der Musterpartei	112
bb. Stellungnahme und Ergebnis zur Frage einer möglichen Ausweitung	114
5. Verwaltungsgerichtliches Musterverfahren (§ 93 a VwGO) als Beispiel	116
a. Einleitung, Hintergrund und Regelungszweck	117
b. Anwendungsbereich	117
c. Regelungsansatz in § 93 a VwGO	118
d. Ausweitung des Regelungsansatzes in § 93 a VwGO auf Streuschäden?	119
aa. Stellungnahme	119
bb. Ergebnis	121
6. Zusammenfassung und Ergebnis	121

III.	Verbandsklage	122
1.	Begriff und dogmatische Einordnung	122
a.	Begriff	122
b.	Dogmatische Einordnung	123
2.	Zweck der Verbandsklage	124
3.	Sonderfall: Klagen mehrerer Verbände	124
a.	Problemstellung	124
b.	Stellungnahme und Ergebnis	125
4.	Verbandsklage als Instrument zur Bekämpfung von Streuschäden?	126
a.	Grundsätzliche Eignung	126
b.	Alternativ: Behörde als Abschöpfungsberechtigte?	128
c.	Orientierung an § 10 UWG?	130
C.	Zusammenfassung des zweiten Teils	130
Dritter Teil: Anforderungen an einen über § 10 UWG hinausgehenden Gewinnabschöpfungsanspruch		132
A.	Einführung	132
B.	Anforderungen an eine Neuregelung	132
I.	Anforderungen an den Tatbestand	132
1.	Ausweitung auf weitere, in § 10 UWG bislang nicht erfasste Verstöße?	132
a.	Ausgangspunkt	132
b.	Erfasste Verstöße nach geltendem Recht	133
c.	Stellungnahme und Ergebnis	135
2.	Ausweitung auf grobe Fahrlässigkeit?	137
a.	Stellungnahme	137
b.	Ergebnis	139
3.	Empfänger des abgeschöpften Gewinns	139
a.	Ausgangspunkt	139
aa.	Verteilung des Gewinns an die Geschädigten?	139
bb.	Verbleib des Gewinns beim aktivlegitimierten Verband?	142
b.	Zusammenfassung und Ergebnis	144
II.	Sonstige Anforderungen	144
1.	Sollen mehrere Verbände gleichzeitig klagen können?	144
a.	Stellungnahme	144
b.	Ergebnis	147
2.	Soll der geschädigte Verbraucher von der erfolgreichen Geltendmachung der Gewinnabschöpfungsklage im Rahmen einer von ihm nachträglich angestrebten Individualklage profitieren?	147
a.	Ausgangspunkt	147

b.	Wertungskriterien und Stellungnahme	147
c.	Ergebnis	149
C.	Zusammenfassung des dritten Teils	149
	Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit	150

Schrifttum

- Alexander, Christian:* Kollektiver Rechtsschutz im Zivilrecht und Zivilprozessrecht, JuS 2009, 590–594.
- Ders.:* Marktsteuerung durch Abschöpfungsansprüche, JZ 2006, 890–895.
- Ders.:* Die strafbare Werbung in der UWG-Reform, WRP 2004, 407–421.
- Arens, Peter:* Das Problem des Musterprozesses, in: Reh binder, Manfred/ Friedman, Lawrence M. (Hrsg.). Zur Soziologie des Gerichtsverfahrens, Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd. IV, Opladen 1976, S. 344–355.
- Bader, Johann/Funke-Kaiser, Michael/Kuntze, Stefan/von Albedyll, Jörg:* Verwaltungsgerichtsordnung. Kommentar anhand der höchstrichterlichen Rechtsprechung, 4. Aufl. 2007, Heidelberg/München/Landsberg/Berlin 2007 (zitiert: Bader/Bearbeiter).
- Bartholy, Thomas:* Möglichkeiten einer Mehrerlösabschöpfung im Wettbewerbsrecht, Augsburg 1982.
- Baumbach, Adolf/Lauterbach, Wolfgang/Albers, Jan/Hartmann, Peter:* Zivilprozessordnung, Kommentar, 69. Aufl., München 2011 (zitiert: Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann).
- Bergmann, Alfred:* Zur alternativen und kumulativen Begründung des Unterlassungsantrags im Wettbewerbsrecht, GRUR 2009, 224–226.
- Beuchler, Holger R.:* Das „Schreckgespenst“ § 10 UWG: mehr Gespenst als Schrecken. Überlegungen im Nachgang zum Urteil des LG Heilbronn, 23 O 136/05 KfH vom 23. Februar 2006, WRP 2006, 1288–1293.
- Boesche, Katharina Vera:* Wettbewerbsrecht, 3. Aufl., Heidelberg/München/Landsberg/Frechen/Hamburg 2009.
- Dies./Scholze, Jürgen:* Grundsätzliche Vergleichsverbote gehören der „Steinzeit“ an, nicht nur vergleichsweise Empfehlungen zur Geldvermehrung sind zulässig, JURA 2004, 685–696.
- Brandt, Jürgen/Sachs, Michael (Hrsg.):* Handbuch Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess, 3. Aufl., Heidelberg/München/Landsberg/Frechen/Hamburg 2009. (zitiert: Bearbeiter, in: Brandt/Sachs, Handbuch Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess).
- Büchel, Helmut/Rechenberg, Wolf-Georg Freiherr von:* Handbuch des Fachanwalts für Handels- und Gesellschaftsrecht, Köln 2009 (zitiert: Büchel/v. Rechenberg/Bearbeiter).
- Buck-Heeb, Petra:* Kapitalmarktrecht, 3. Aufl., Heidelberg/München/Landsberg/Frechen/Hamburg 2009.
- Büdenbender, Ulrich:* Die Drittschadensliquidation bei obligatorischer Gefahrentlastung – eine notwendige oder überflüssige Rechtsfigur?, NJW 2000, 986–992.
- Bülow, Peter:* Aufschub des Verjährungseintritts bei Musterprozessen, insbesondere Bauprozessen, NJW 1971, 2254–2256.

- Carl, Eberhard*: Über die Freiheit des Gesetzgebers bei der Ausgestaltung des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern, FPR 2005, 165–167.
- Clausnitzer, Jochen*: Experiment EU-Sammelklagen. Brüsseler Podiumsdiskussion mit Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, EuZW 2009, 169–172.
- Creifelds*: Rechtswörterbuch, hrsg. v. Weber, Klaus, 19. Aufl., München 2007.
- Dauses, Manfred A. (Hrsg.)*: Handbuch des EU-Wirtschaftsrechts, München 2009 (zitiert: Bearbeiter, in: Hdb. EU-WirtschaftsR, A I).
- Di Fabio, Udo*: Privatisierung und Staatsvorbehalt. Zum dogmatischen Schlüsselbegriff der öffentlichen Aufgabe, JZ 1999, 585–592.
- Dreier, Thomas*: Kompensation und Prävention: Rechtsfolgen unerlaubter Handlung im Bürgerlichen, Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht, Tübingen 2002.
- Eidenmüller, Horst/Prause, Matthias*: Die europäische Mediationsrichtlinie – Perspektiven für eine gesetzliche Regelung der Mediation in Deutschland, NJW 2008, 2737–2743.
- Einhäus, Stefan*: Kollektiver Rechtsschutz im englischen und deutschen Zivilprozessrecht, Berlin 2008.
- Emmerich, Volker*: Unlauterer Wettbewerb, 8. Aufl., München 2009.
- Engels, Stefan/Salomon, Thomas H.*: Vom Lauterkeitsrecht zum Verbraucherschutz: UWG-Reform 2003, WRP 2004, 32–44.
- Falke, Hans*: Der Anwalt als umfassender Konfliktmanager – Oder: Vom Vorteil der Kooperation – und ihren Grenzen, AnwBl 2004, 16–20.
- Gärtner, Olaf*: Der Gewinnabschöpfungsanspruch gemäß § 10 UWG – Leitfaden für eine effektive Anwendung in der Praxis, GRURInt 2008, 817–822.
- Greger, Reinhardt*: Die Reglementierung der Selbstregulierung zum Referentenentwurf eines Mediationsgesetzes, ZRP 2010, 209–213.
- Ders.*: Neue Regeln für die Verbandsklage im Verbraucherschutz- und Wettbewerbsrecht, NJW 2000, 2457–2462.
- Ders.*: Verbandsklage und Prozessrechtsdogmatik – Neue Entwicklungen in einer schwierigen Beziehung, ZZP 2000, 399–412.
- Gundermann, Peter/Härtle, Philipp*: Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz – eine Momentaufnahme zum Jahresende 2006, VuR 2006, 457–461.
- Hadding, Walther*: Die Klagebefugnis der Mitbewerber und der Verbände nach § 13 Abs. 1 UWG im System des Zivilprozeßrechts, JZ 1970, 305–312.
- Haertlein, Lutz*: Beteiligung Dritter am Rechtsstreit – Streithilfe und Streitverkündung, JA 2007, 10–14.
- Hagen, Horst*: Die Drittschadensliquidation im Wandel der Rechtsdogmatik. Ein Beitrag zur Koordinierung von Rechtsfortbildungen, Frankfurt am Main 1971.
- Haibach, Georg*: Zur Einführung des ersten europäischen Zivilprozessverfahrens: Verordnung (EG) Nr. 861/2007, EuZW 2008, 137–140.
- Halfmeier, Axel*: Popularklagen im Privatrecht. Zugleich ein Beitrag zur Theorie der Verbandsklage, Tübingen 2006.
- Harte-Bavendamm, Henning/Henning-Bodewig Frauke (Hrsg.)*: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), Kommentar, 2. Aufl., München 2009 (zitiert: Harte/Henning/Bearbeiter).

- Heermann, Peter W.*: Die Erheblichkeitsschwelle i S. d. § 3 UWG-E, GRUR 2004, 94–99.
- Hempel, Rolf*: Privater Rechtsschutz im Kartellrecht – eine rechtsvergleichende Analyse, Baden-Baden 2002.
- Hess, Burkhard*: Sammelklagen im Kapitalmarktrecht, AG 2003, 113–125.
- Ders.*: Der Regierungsentwurf für ein Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz – eine kritische Bestandsaufnahme, WM 2004, 2329–2334.
- Ders.*: Musterverfahren im Kapitalmarktrecht, ZIP 2005, 1713–1720.
- Ders./Michailidou*: Die kollektive Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen im Kapitalmarktrecht, WM 2003, 2318–2325.
- Hirte, Heribert*: Sammelklagen – Fluch oder Segen? – Ein Blick in die amerikanische Diskussion, VersR 2000, 148–155.
- Ders.*: Der amicus-curiae-brief – das amerikanische Modell und die deutschen Parallelen, ZJP 1991, 12–66.
- Hohl, Julia M.*: Die US-amerikanische Sammelklage im Wandel, Berlin 2008.
- Horn, Norbert*: Einführung in die Rechtswissenschaft und die Rechtsphilosophie, 4. Aufl., Heidelberg/München/Landsberg/Berlin 2007.
- Jacoby, Florian*: Der Musterprozeßvertrag, Tübingen 2000.
- Jahn, Joachim*: Der Telekom-Prozess: Stresstest für das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, ZIP 2008, 1314–1317.
- Kapitalanlegermusterverfahrensgesetz (KapMuG)*: Kommentar, hrsg. v. Vorwerk, Volkert/Wolf, Christian, München 2007 (zitiert: Vorwerk/Wolf/Bearbeiter KapMuG).
- Kappus, Andreas*: Verbraucherschutz am Nadelöhr, NJW 1997, 2653–2654.
- Kaufmann, Christina*: Rechtsschutz im deutschen und europäischen Kartellrecht: Konzeption einer effektiven Schadenersatzklage, Saarbrücken 2007.
- Keller, Christoph/Kolling, Christoph*: Das Gesetz zur Einführung von Kapitalanleger-Musterverfahren – Ein Überblick, BKR 2005, 399–404.
- Kempf, Ludwig*: Zur Problematik des Musterprozesses, ZJP 1960, 342–386.
- Koch, Harald*: Die Verbandsklage in Europa – Rechtsvergleichende, europa- und kollisionsrechtliche Grundlagen, ZJP 2000, 413 – 441.
- Ders.*: Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozeßrecht. Die class action des amerikanischen Rechts und deutsche Reformprobleme, Frankfurt am Main 1976.
- Köhler, Helmut*: UWG-Reform und Verbraucherschutz, GRUR 2003, 265–272.
- Ders./Bornkamm, Joachim*: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Kommentar, 29. Aufl., München 2011 (zitiert: Köhler/Bornkamm).
- Ders.*: Die „Bagatellklausel“ in § 3 UWG, GRUR 2005, 1–9.
- Kölner Kommentar zum KapMuG*: Hrsg. v. Hess, Burkhard/Reuschle, Fabian/Rimmelspacher, Bruno, Köln/Berlin/München 2008 (zitiert: KK-KapMuG/Bearbeiter).
- Körner, Marita*: Zur Aufgabe des Haftungsrechts – Bedeutungsgewinn präventiver und punitiver Elemente, NJW 2000, 241–246.
- Kopp, Ferdinand*: Gesetzliche Regelungen zur Bewältigung von Massenverfahren, DVBl. 1980, 320–330.

- Kopp, Ferdinand O./ Schenke, Wolf-Rüdiger*: Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 16. Aufl., München 2009 (zitiert: Kopp/Schenke).
- Kramer, Eberhard*: Kapitalanleger im Prozess – Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, NJW 2005, Sonderheft zum 3. Hannoveraner ZPO-Symposium, 8–13.
- Lammenet, Hartmut*: Nebenintervention, Streitverkündung und Beiladung – Prozessuale Institute der Drittbeteiligung und die Möglichkeiten ihrer Angleichung im Zivilprozess und den Verwaltungsstreitverfahren, Köln 1976.
- Larenz, Karl*: Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 6. Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1991.
- Ders.*: Über die Bindungswirkung von Präjudizien, in: Festschrift für Hans Schima zum 75. Geburtstag, Wien 1969, S. 247–264.
- Ders./Wolf, Manfred*: Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 9. Aufl., München 2004.
- Lauterkeitsrecht*: Kommentar zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), hrsg. v. Fezer, Karl-Heinz, Bd. 2: §§ 5–20 UWG, München 2010 (zitiert: Lauterkeitsrecht/Bearbeiter).
- Lindacher, Walter F.*: AGB – Verbandsklage und Rechtsschutzsystem, in: Justiz und Recht, Festschrift zum 10-jährigen Bestehen der Deutschen Richterakademie, Trier 1983, S. 209–219.
- Ders.*: Konfliktregulierung durch Musterprozess, JA 1984, 404–407.
- Ders.*: Zur „Sonderprozessrechtsnatur“ der lauterkeitsrechtlichen Verbands- und Konkurrentenklage sowie der Verbandsklage nach dem AGB-Gesetz, ZZP 1990, 397–412.
- Lüke, Wolfgang*: Die Beteiligung Dritter im Zivilprozess – eine rechtsvergleichende Untersuchung zu Grundfragen der subjektiven Verfahrenskonzentration, Tübingen 1993.
- Ders.*: Der Musterentscheid nach dem neuen Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz. Entscheidungsmuster bei gleichgerichteten Interessen?, ZZP 2006, 131–158.
- Mattil, Peter/ Dessouter, Vanessa*: Die europäische Sammelklage – rechtsvergleichende und EU-rechtliche Betrachtungen – WM 2008, 521–526.
- Matutis, Cornelius*: UWG, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Praxiskommentar, 2. Aufl., Berlin 2009 (zitiert: Matutis UWG).
- Medicus, Dieter/ Petersen, Jens*: Bürgerliches Recht – Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung zur Examensvorbereitung, 22. Aufl., Köln 2009.
- Maier-Reimer, Georg/Wilsing, Hans-Ulrich*: Das Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten – Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, ZGR 2006, 79–120.
- Meyer, Ernst*: Grundzüge einer systemorientierten Wertungsjurisprudenz, Tübingen 1984.
- Micklitz, Hans-W./Hüttner, Katja*: Anm. z. BGH, Urt. v. 14. 11. 2006 – XI ZR 294/05, JZ 2008, 151–152.

- Ders./Stadler, Astrid*: Das Verbandsklagerecht in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, Münster 2005.
- Möllers, Thomas M.J./Holzner, Florian*: Zur Reichweite des § 7 I 1 KapMuG, NZG 2009, 172–175.
- Ders./Puhle, Kristian*: Effektive Rechtsdurchsetzung nach § 4 KapMuG, NZG 2008, 579–582.
- Ders./Weichert, Tilman*: Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, NJW 2005, 2737–2741.
- Moltke, Ludwig von*: Kollektiver Rechtsschutz der Verbraucherinteressen – Analyse effektiver Rechtsdurchsetzung im deutsch-englischen Rechtsvergleich, München 2003.
- Mönch, Harald J.*: Der Gewinnabschöpfungsanspruch nach § 10 UWG, ZIP 2004, 2032–2037.
- Münchener Kommentar zum Lauterkeitsrecht*: Hrsg. v. Heermann, Peter W./Hirsch Günter, Bd. II – §§ 5–22, München 2006 (zitiert: MünchKomm-UWG/Bearbeiter).
- Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung*: Hrsg. v. Rauscher, Thomas/Wax, Peter/Wenzel, Joachim, Bd. I – §§ 1–510 c, 3. Aufl., München 2008 (zitiert: MünchKomm-ZPO/Bearbeiter).
- Netzer, Berndt*: Grußwort zum 3. Hannoveraner ZPO-Symposion, NJW 2005, Sonderheft zum 3. Hannoveraner ZPO-Symposion, 2–3.
- Oppermann, Bernd H./Müller, Sandra*: Wie verbraucherfreundlich muss das neue UWG sein? Eine Synopse lauterkeitsrechtlicher Instrumente, GRUR 2005, 280–289.
- Paetow, Stefan*: Erstinstanzliche Großverfahren vor dem BVerwG, NVwZ 2007, 36–40.
- Palandt*: Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 70. Aufl. 2011, München 2011 (zitiert: Palandt/Bearbeiter).
- Pinski, Monika*: Abschöpfungsregelungen im Wettbewerbsrecht – Eine vergleichende Darstellung der Zugriffsmöglichkeiten auf wirtschaftliche Vorteile, Gewinne und Mehrerlöse im allgemeinen und sektorspezifischen Wettbewerbsrecht, Baden-Baden 2006.
- Plafmeier, Heiko*: Brauchen wir ein Kapitalanleger-Musterverfahren? – Eine Inventur des KapMuG, NZG 2005, 609–616.
- Pokrant, Günther*: Zum Verhältnis von Gewinnabschöpfung gemäß § 10 und Schadensersatz nach § 9 UWG, in: Festschrift für Eike Ullmann, Saarbrücken 2006, S. 813–824.
- Prütting, Hanns/Gehrlein, Markus (Hrsg.)*: ZPO, Kommentar, 2. Aufl. 2010, Köln 2010 (zitiert: Prütting/Gehrlein/Bearbeiter).
- Rechberger, Walter H.*: Verbandsklagen, Musterprozesse und „Sammelklagen“. Möglichkeiten kollektiven Rechtsschutzes im österreichischen Zivilprozess, in: Festschrift für Rudolf Welser, Wien 2004, S. 871–888.
- Rehbinder E.*: Vertragsgestaltung, Frankfurt 1982.
- Reuschle, Fabian*: Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Rechtsverfolgung – Zu den Defiziten im deutschen Prozessrecht, der Übertragbarkeit auslän-